

# Volks-Zeitung

## Die Vorbereitungen für den Frieden.

Ankunft der deutschen Kommission in Paris. — Drei deutsche Noten.

Paris, 20. Dezember. (Gaba.) Die erste Mitteilung der mit der Vorbereitung des Entwurfs des Vertrages beauftragten deutschen Kommission ist heute morgen in Paris eingetroffen.

Paris, 21. Dezember. (Gaba.) Die deutsche Mission der Friedenskonferenz hat drei Noten überreicht. Die erste behandelt die Bedingungen für die Truppentransporte nach Frankreich des Friedensvertrages. Die zweite behandelt eine Frage, die zu Beginn der gegenwärtigen Verhandlungen zwischen dem Schiffahrtsabverordneten gestellt wurde, und gibt genauere Angaben hinsichtlich der deutschen Leichten Kreuzer. Die dritte teilt mit, daß die Nationalversammlung das von den Deutschen unterzeichnete Protokoll über die Unterdrückung des Artikels 61 der Reichsverfassung über die Vereinigung Deutsch-Oesterreichs mit Deutschland ihrerseits genehmigt hat.

## Wen Deutschland ausliefern soll.

1500 Personen.

Paris, 21. Dezember.

Marec Gutin machte im „Echo de Paris“ folgende Mitteilungen, die er von besonders autoritativer Stelle erhalten haben will: Die von Obersten Kriegsrat ernannte interalliierte Kommission zur Aufstellung des Verzeichnisses der als schuldig bezeichneten Deutschen und zur Bestimmung des Betragens und der Sühnungen der geurteilten Gerichte, wie sie im Vertrag vorgesehen sind, hielt hier drei Sitzungen ab. Die Vorbereitung für die Einleitung des gerichtlichen Verfahrens sind heute sehr vorangeschritten, da der Präsident der Kommission sich mit den inwohnenden Persönlichkeiten ins Einvernehmen gesetzt hat. Mehr als 500 ausereichende deutsche Namen, darunter in der Mehrzahl militärische Personen, ein Sohn Wilhelm II., Kronprinz Rupprecht und eine Reihe von Armeeführern, sind in der Liste der Verdächtigten aufgeführt. Infolge werden von allen Verbündeten zumachen der Deutschen Regierung 1500 Namen mitgeteilt werden. Die Stellung Wilhelm II. wird außerhalb der Londoner Konferenz geregelt werden, da er durch einen besonderen Artikel des Vertrages in Antagonismus verlegt wird. Die von Deutschen an Personen verschiedener Nationalitäten angelegten Deutschen sollen durch ein gemeinsames Gericht abgeurteilt werden. Eine Anzahl von Kommendanten der Kriegsgefangenenlager in Deutschland, die französische Gefangenen gefälligen Exzesse ausübten, soll ebenfalls zur Verantwortung gezogen werden. Diese Verhandlungen sollen vor einem Militärgericht in Paris im Laufe des Jahres 1920 stattfinden.

„Echo de Paris“ meldet, daß die Londoner Konferenz, an der der Unterstaatssekretär für Militärische Angelegenheiten am Montag und Dienstag stattfand. Ignace wird am Mittwoch nach Paris zurückkehren. Er besprach sich gestern über seine Reise mit Clemenceau.

## Holland liefert nicht aus.

Amsterd., 21. Dezember. (Z. U.)

Aus Brüssel wird gemeldet. Der „Soir“ meldet aus guter Quelle: Die niederländische Regierung habe erklärt, daß sie sich auf Grund des Art. 17 des Vertrages weigern werde, den Kaiser auszuliefern.

## Die Sähne für Scapa Flow.

Paris, 21. Dezember. (Gaba.)

Der Oberste Rat trat gestern nachmittag um 3 Uhr unter dem Vorsitz von Clemenceau zusammen. Behandelt wurde die Frage der Wiedergutmachung für die bei Scapa Flow verlorene Schiffe. Daran wurde beschlossen, daß die Alliierten bei der österreichischen Regierung nur bevollmächtigte Beamte akkreditieren wollen. Daraus ergibt sich, daß die deutsche Regierung nicht, wie sie die Absicht hatte, einen Wochenschatz nach Wien senden darf.

Der Oberste Rat konnte die Frage der Wiedergutmachung für Scapa Flow nicht erledigen, da die englischen Delegierten erklärten, sie hätten die bezügliche Weisungen aus London noch nicht erhalten. Es ist anzunehmen, daß die britische Regierung an Ort und Stelle Aufstellungen machen wird, um feststellen zu können, wieviel Tonnen Eisenmaterial Deutschland zu liefern imstande ist.

Genf, 21. Dezember.

Zu den Verhandlungen der Genoten mit Deutschland über das Abgleichsprotokoll zum Friedensvertrag teilt die französische Presse heute mit, daß auch im französischen Marineministerium keine Einigkeit gegenüber dem deutschen Angebot besteht, anstatt der verlangten fünf Leichten Kreuzer neue Fahrzeuge zu liefern, die im Bau begriffen sind. Der Generalstaatssekretär der Marine behaupte auf der sofortigen Lieferung der Kreuzer, das Marineministerium wäre bereit, das deutsche Angebot anzunehmen. Der am Sonnabend nachmittag einberufene Marinerrat wird die Entscheidung treffen.

## Die Verhandlungen in der Adriafrage.

Rom, 21. Dezember. (Stefani.)

In der gestrigen Kammerberatung hielt Scialoja eine Rede über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen bezüglich der italienischen Ansprüche, in der er ausführte, daß die Alliierten gewillt seien von dem letzten amerikanischen Vorschlag etwas abzumachen. Er sagte, die wichtigste Forderung, die die italienische Delegation mit aller Energie vertreten habe, betreffe verschiedene Inseln in der Adria, die Neutralisierung der dalmatinischen Küste, die italienische Gebiete

und einen Verbindungsstreifen vom italienischen Gebiet zum Staatsgebiete des Freistaates Rum. Das diesbezügliche Memorandum der Alliierten sei noch nicht beantwortet worden. Die Diskussion in der Adriafrage werde in feiner Weise verfolgt werden, lobend bemerkt in Paris begannen. Sie wird geführt von den Ministerpräsidenten Frankreichs, Englands, Italiens, von den Ministern der auswärtigen Angelegenheiten dieser Staaten und dem Vizekanzler der Vereinigten Staaten. Der Minister berichte auch die übrigen industriellen und politischen Probleme.

## Die Vermittlungsaktion in Washington.

Annahme der Resolution Knox.

Washington, 20. Dezember.

Die Kommission des amerikanischen Senats für auswärtige Angelegenheiten hat die Resolution des Senators Knox in abgeänderter Form angenommen. Sie besetzt den Eintritt des Friedenszustandes mit der Absicht, den Vereinigten Staaten die ihnen durch den Verfall der Vertrag zugesprochenen Vorteile zu wahren. Sie versichert, daß die Regierung im großen und ganzen ihre Unterstützung dem Projekte der Eröffnung einer internationalen Liga zur Aufrechterhaltung des Friedens gewährt. In der abgeänderten Form der Resolution wird ferner erklärt, daß die Vereinigten Staaten im allgemeinen fortzuführen werden, in engen Beziehungen mit den Alliierten zu verbleiben. Die demokratischen Mitglieder des Senats werden diese Resolution bekämpfen, während verschiedene Führer der Republikaner hoffen, in dieser die Grundlage zur Schlichtung des Konflikts zu sehen, der wegen des Friedensvertrages entstanden ist.

Die Senatskommission scheint auf jede Bemühung verzichtet zu haben, den Frieden ohne die Intervention des Präsidenten Wilson vorzubereiten, wie Senator Lodge im vergangenen Monat vorgeschlagen hatte. Die Resolution Knox wird in der Form einer verbündeten Resolution eingebracht. Für die Annahme einer deraartigen Resolution ist die Zustimmung der Mehrheit des Senats und deren Befähigung durch den Präsidenten der Republik erforderlich.

Amsterd., 21. Dezember.

Dem „Telegram“ zufolge hat der amerikanische Senat mit 45 gegen 25 Stimmen die Gesetzesvorlage angenommen, die den Eisenbahnern das Recht zum Streik nimmt.

## Verfuchte Entführung Bela Kunns.

Zwei Ungarn in Oesterreich verhaftet.

Wien, 20. Dezember.

Wie die Korrespondenz Wilhelm Meinel, wurden gestern Abend in Raasdorf die ungarischen Staatsangehörigen Stanislaus und Andreas Gorvath angehalten. Sie erklärten, daß sie mit einer Anzahl anderer Ungarn nach Oesterreich gekommen seien, um Bela Kun und Genossen aus Raasdorf nach Ungarn zu entführen und den Gericht zu übergeben. In der selben Angelegenheit wurde vor einigen Tagen ein gewisser Alexander Raloff verhaftet. Er erklärte, mit dem belben Gorvath in Verbindung zu stehen. Die beiden Gorvaths wurden, wie früher bereits Raloff, verhaftet.

## Neue Auffände in Ägypten.

Wieder ein Attentat auf den Premierminister.

Kairo, 20. Dezember. (Gaba.)

Am Stabviertel Coleris wurden die Angriffe auf die öffentlichen Gebäude wiederholt. Ein Straßenbahnwagen wurde vollständig zertrümmert. Heute wurden 11 junge Leute, die an einer verbotenen Kundgebung von mehr als 200 Studenten im Stadtviertel Felen teilgenommen hatten, verhaftet. Sie werden vor ein Kriegsgericht gestellt.

Amsterd., 21. Dezember.

„Times“ melden aus Kairo, daß auf den ägyptischen Premierminister wieder ein Anschlag verübt wurde, diesmal von einem koptischen Studenten. Es wurde niemand verletzt. Der Attentäter und mehrere andere Studenten, die zugegen waren, wurden verhaftet.

## Helferich will noch immer nicht zahlen.

Berlin, 21. Dezember. (Z. U.)

Der zweite Interzessionsbesuch des parlamentarischen Untersuchungsausschusses hat dem Staatsminister Dr. Helferich seinen Beschluß, der wegen Verneinung der Antworten an den Abgeordneten Dr. Sohn verhängte Geldstrafe von 300 Mark aufgehoben, durch die Gerichtsbarkeit des Amtsgerichts Berlin aufgehoben lassen mit der Aufforderung, den Betrag Mitte zu zahlen. Wie die Telegrammgenossenschaft hört, betrachtet Dr. Helferich in lebererregender Stimmung mit der von einer Autorität wie Professor Einding begründeten Auffassung des Art. 17 des Ausschusses nach wie vor als unangenehm und nichtig. Dr. Helferich wird bei seinem Eintritt beharren und die Zahlung der Geldstrafe verweigern.

Einrichtung der ungarischen Zersplitterten. Aus Budapest wird gemeldet: Die 14 zum Tode verurteilten Zersplitterten sind im Hofe des Militärgefängnisses auf dem Margaretenring hingerichtet worden.

Der Regierungspräsident a. D. Wierliche Geheimrat Oberregierungsrat Forster in Danzig, ist zum Reichs- und Staatskommissar für das abgetretene Gebiet der Freien Stadt Danzig sowie für das an Polen abgetretene Gebiet des Regierungsbezirks Danzig bestellt worden.

Rondon, 20. Dezember. (Reuter.) Das Interzessionale erließige in allen drei Klagen eine Geldstrafe, die die Regierung mit Rücksicht auf die Kosten des Lebensunterhalts der sofortigen Erhöhung der Alterspensionen von 4 Schilling 6 Pence auf 10 Schilling pro Woche ermäßigt.

## Einheitsrepublik.

O. N. Die demokratische Bewegung des Jahres 1848 forderte die einheitliche ungeteilte deutsche Republik. Auch die Kreise, die an der Monarchie festhielten, fanden zum großen Teile auf dem Boden des Einheitsstaates. Der Wille des deutschen Volkes über die Frage „Einheit oder Föderalismus?“ ist nie festgestellt worden, und es war zweifellos nicht ganz einwandfrei, daß der Berliner Demokratienkongreß 1848 einfach auf dem Wege des Beschlusses feststellte, daß „das deutsche Volk die einheitliche und ungeteilte Republik will“. In der preussischen Landesversammlung ist in der vergangenen Woche ein Antrag der Mehrheitsparteien, der von den Vertretern der Deutschen demokratischen Partei ausgeht, angenommen worden, der verlangt, daß „die Staatsregierung sofort und nach der Einbringung der preussischen Verfassung die Reichsregierung veranlassen möge, mit den Regierungen aller deutschen Länder über die Erreichung des deutschen Einheitsstaates in Verhandlungen einzutreten“. Der Antrag verlangt aber auch, daß „den einzelnen deutschen Stämmen weitestgehende Selbstverwaltung gesichert werde“.

Wir begrüßen diesen Antrag, und doppelt erfreut uns, daß die Demokraten seine Urheber gewesen sind. Wie die Dinge in Deutschland aber nun einmal liegen, wäre es noch erfreulicher gewesen, wenn der Antrag in einer föderativen Landesversammlung das Recht der Welt erblickt hätte. Es ist ein betrübendes Schauspiel, daß das Echo zu diesem Rufe zur Einheit aus den übrigen Ländern keineswegs herzlich herüberklingt. Die bayerischen Parteien haben sofort Erklärungen von sich gegeben, und auch Sachverständige mehrheitsparteilicher Ministerpräsidenten gestellt sich zu den Abmahnern. Die Reichsversammlung in Nord und Süd aber kommen wieder mit der alten Warnung: Nichts überstürzen. In einer mehrheitlichen Lage sieht man die Mehrheitsparteien. Bei der Partei, die die Rühmlichkeit beifügt, sich deutschlandweit zu nennen, kommt sofort der preussisch-partikularistische Werbefuß zum Vorschein. Ihre Sprecher in der Landesversammlung, Herr G. G. G., versichert zwar, daß „ein Teil seiner Freunde“ auf dem Boden des Einheitsstaates hinaus, aber geschloffen lehnte die deutschlandweit massierte konföderative Partei den Antrag ab. Die Deutsche Volkspartei, die die Einheitsfrage angeht, antwortet, stimme auch hier, wie fast stets früher, gegen das, was sie als ihr Programm ausgibt.

Die Schaffung der Einheitsrepublik Deutschland ist eine politische, wirtschaftliche und finanzielle Notwendigkeit. Die Verfassung von Weimar hat den Einheitsstaat nicht gebracht, aber sie konnte ihn bei dem nach der Revolution wiedererhaltenen Reichsbestande schaffen. Die Einheitsrepublik wäre herbeigeführt am 9. November, und vielleicht ist es sogar das historische Verhängnis dieses Tages, daß an ihm nicht die einheitliche großdeutsche Republik entstanden ist. Als man den Bundesrat beilegte und die Bundesfürsten absetzte, hielt man dennoch an den Bundesstaaten fest! Wenn der Rat der Volksbeauftragten am 9. November als deutsche Zentralregierung eingesetzt worden wäre, hätte das Werk der Revolution gescheitelt. Die Weimarer Verfassung birgt aber die Keime für den Einheitsstaat in sich. Indem man die Reichsbefugnisse auf die wichtigsten Gebiete erstreckte, kann es nur eine Frage der Zeit sein, daß wir in den Einheitsstaat hineinkommen.

Die Zeit der deutschen Not beschleunigt dieses Wachstum. Wir haben inzwischen die Aufgabe der Kontingenzherbe und die Vereinheitlichung des Verkehrsnetzes beschlossen. Vor allem aber ist die Reichsfinanzverwaltung geschaffen worden. Den einzelnen Ländern bleibt immer weniger an Aufgaben übrig, und es ist darum ganz natürlich, daß die Frage entsteht, ob Deutschland sich fürderhin den Luxus gestalten kann, in 26 Länder mit 160 Ministern und 2000 Landesabgeordneten zu zerfallen. Was alles zum Grobtrieb drängt, so verlangt auch der Reichsbetrieb nach Vereinheitlichung. Schon aus den jetzt so wichtigen Erparnisgründen muß man bald dazu kommen, und eine vorausschauende, von geschicklichem Verantwortungsbewußtsein getragene Regierung muß gerade hier gestaltende Politik treiben und darf sich in der Allerdings ist die Einheitsrepublik Deutschland nur möglichen Selbstverwaltung eingebracht wird. Eine zentralistische Einheitsrepublik ist in Deutschland unmöglich, und niemand verlangt ein bestimmtes Reich. Das bedeutet für Preußen nicht ein Aufgehen im Reich, sondern auch eine Lockerung seines geschichtlich gewordenen Gebiets. Die Opfer, die Preußen bringt, soll man nicht verkennen, aber sie werden Deutschland gebracht, und wie müssen endlich mit der Anschauung brechen, als ob wir Preußen, Sachsen, Bayern oder sonst etwas wären. Nur die feinsten Länder sind flammensmäßig einheitlich, aber auch sie sind zumeist nur Teile eines größeren deutschen Staates. Alle aber sind Deutsche.

Die Schaffung der deutschen Einheitsrepublik muß die Aufgabe einer Demokratie sein, die sich ihrer geschichtlichen Sendung bewußt ist. Das muß man besonders den bayerischen Demokraten sagen, die sich dem Chor der partikularistischen Warner angeschlossen haben. Es mag heute in dem vom Zentrum stark beeinflussten bayerischen Landvolke noch unpopulär sein, für die Reichseinheit zu wirken. Aber auf die Dauer wird die Demokratie sich nicht durchsetzen, wenn sie nur danach strebt, den Gegner in seiner Auffassung zu übertrumpfen. Die bayerischen Demokraten haben das auch in anderen Fragen getan. Sie werden auf die Dauer sicher besser fahren, wenn sie in den Fragen Republik, Einheitsstaat, Böhmerbund, Wirtschaftsdemokratie und soziale Kultur eine klare Linie einhalten. Und das gilt nicht nur ihnen, sondern der ganzen Deutschen demokratischen Partei.